

Abrechnung mit Sowjet-Rußland

Warum die Schweiz gegen die Aufnahme kimmmt
Genf, 18. September.

Nur selten hat man in Genf eine Spannung erlebt wie am Montag, als die Sitzung des Politischen Ausschusses durch den Präsidenten Madariaga eröffnet wurde. Auf der Tagesordnung des Ausschusses steht die Prüfung des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund. Der Andrang aus allen Kreisen der in Genf zur Völkerbundstagung versammelten internationalen Welt war ungeheuer. Die Treppen und die Gänge des großen Sitzungssaales waren voller Menschen.

Als erster Redner sprach der portugiesische Außenminister Da Mata. Er begründete mit deutlichen, aber vorsichtigen Worten die ablehnende Haltung seines Landes. Da Mata erklärte, daß der Eintritt Sowjetrußlands im Gegensatz zu den Ideen der zivilisierten Welt und im Gegensatz zur Idee des Völkerbundes stehen würde.

Er sei überzeugt, daß die Sowjetunion nach ihrem Eintritt jene Propaganda noch wirksamer gestalten könne, deren Ziel es sei, die Grundlagen der Staaten zu zerstören.

Nach härtere Beachtung als die Erklärung des portugiesischen Delegierten fand die anschließende große und mutige Rede des schweizerischen ersten Delegierten, Bundesrat Motta. Er begann mit der Feststellung, daß die Schweiz sich mit ihrer Ablehnung im Gegensatz zu der Meinung der großen Mehrheit der Delegationen und auch im Gegensatz zu den erklärten Wünschen dreier großer Mächte gesetzt habe. Die Haltung seines Landes bedürfe daher einer Erklärung. Die Schweiz sei stets eine grundsätzliche Anhängerin der Universalität des Völkerbundes gewesen. Schon im Jahre 1920 habe er persönlich dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß Rußland einmal, geheilt von seiner Verworfenheit und befreit von seinem Unheil, mit dem Völkerbund zusammenarbeiten werde. Die Schweiz habe bei aller Freundschaft zum russischen Volk aber niemals das gegenwärtige Regiment anerkennen wollen. Sie sei entschlossen, auf dieser Haltung der Ablehnung und des Abwartens zu beharren. Sie habe nicht vergessen, daß die schweizerische Botschaft in Petersburg im Jahre 1918 geplündert und einer ihrer Beamten ermordet worden sei. Niemand habe man sich deswegen entschuldigt. Im Jahre 1918 hätten sowjetrussische Agenten in der Schweiz sich an einem Verbrechen des Generalstreiks beteiligt und hätten ausgewiesen werden müssen.

Die Schweiz habe sich schon deshalb entschließen müssen, den Eintritt Rußlands ihrerseits abzulehnen, als eine Ja-Stimme gleichbedeutend mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sein müßte.

Motta stellte dann die Frage, ob eine Regierung, deren Wesen der expansive und kämpferische Kommunismus sei, die notwendigen Bedingungen erfülle, um in den Kreis der Völkerbundsmächte aufgenommen zu werden. Man müsse hierbei schon von dem eigentlichen Zweck des Völkerbunds pakt und den ihm zugrundeliegenden Ideen ausgehen.

Der russische Kommunismus, so stellte Motta fest, bedeutet — auf dem Gebiete der Religion, der Moral der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft — die gründlichste Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und unser Leben beruht. Die meisten Staaten verbieten ja vorwiegend die kommunistische Propaganda. Alle aber betrachten sie es als Staatsverbrechen, sobald sie ihre Theorie in die Tat umzusetzen versuchen.

Der Sowjetkommunismus bekämpfe die religiöse Idee, die Gewissensfreiheit und löse die Familienbände auf, verwerfe die individuelle Initiative, unterdrücke das Privateigentum, organisiere die Arbeit in Formen, die kaum von Zwangsarbeit zu unterscheiden seien. Dabei erhebe der Kommunismus den Anspruch auf die Durchsetzung in der ganzen Welt. Sein Ziel sei die Weltrevolution. Wenn er darauf verzichte, verkaufe er sich selbst, wenn er ihm treu bleibe, werde er der Feind aller.

Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß er versucht habe, die Stimme der gewaltigen Mehrheit des Schweizer Volkes sprechen zu lassen. Er wolle nicht anderen eine Belehrung erteilen; er habe Wert darauf gesetzt, frei zu sprechen. Das Schweizer Volk werde die Entscheidung mit ruhigem Blute und der guten demokratischen Disziplin entgegennehmen, die seiner vielhundertjährigen Ueberlieferung entspricht.

Es sei ja auch nicht verboten, darauf zu hoffen, daß die Zusammenarbeit Sowjetrußlands im Schoße des Völkerbundes eine Entwicklung fördere, die für alle und für Moskau

selbst wohltuend werde. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens hätten dem Bundesrat solche Anschauungen zur Kenntnis gebracht. Aber wenn die Schweiz auch die Gesichtspunkte der Großmächte verstehe, so müsse sie doch notwendigerweise ihrem eigenen inneren Befehl folgen. Der Opportunismus könne für die Schweiz nicht in Betracht kommen; sie könne mit anderen Staaten nur im strengen Bemühen um sittliche Größe wetteifern.

Die Bundesregierung könne nicht an die Entwicklung des bolschewistischen Regimes glauben. Bei allen patriotisch und national gesinnten Schweizern herrsche der Eindruck, daß der Völkerbund etwas Gefährliches unternehme, wenn er Wasser und Feuer verschönen wolle. Man könne der Sowjetunion, trotzdem sie aufhöre, den Völkerbund zu beschimpfen, trotzdem nicht trauen.

Kunmehr seien die Würfel gefallen, und die Schweiz zähle darauf, daß alle anderen Staaten in Genf verhindern würden, daß Genf ein Herd zersetzender Propaganda wird. Sodann sprach der Redner die Hoffnung aus, daß auch nach der Aufnahme der Sowjetunion die Unabhängigkeit Georgiens, das Schicksal Armeniens und der Ukraine und anderer Länder im Auge behalten werde, und daß man von den Sowjetvertretern im Namen des menschlichen Gewissens Aufklärung verlangen werde.

Die Rede Mottas wurde von einem großen Teil der Delegierten und der Tribüne mit starkem demonstrativem Beifall aufgenommen.

Nachdem der belgische Ministerpräsident Jaspar, der holländische Außenminister de Graeff und der erste Delegierte Argentinien, Cantilo, ebenfalls ihre Bedenken und Einwände gegen die Aufnahme der Sowjetunion dargelegt hatten, versuchte der französische Außenminister Barthou, vor einer zum Teil sehr kritischen Verurteilung die französische Haltung im Hinblick auf den Eintritt der Sowjetunion zu verteidigen. Es war bezeichnend, daß der französische Außenminister gezwungen war, wiederholt auf die Erklärung Sowjetrußlands in dessen Antwort auf die Einladung der Völkerbundsmächte zurückzukommen, in der die Russen sich verpflichtet hätten, sich den Bestimmungen des Völkerbunds pakt zu unterwerfen.

Eden als Vertreter Großbritanniens brachte die Zustimmung seiner Regierung zur Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund in nüchternen Worten zum Ausdruck. Lloidi gab für Italien eine ganz kurze Erklärung ab, in der er feststellte, daß sein Land den Standpunkt Frankreichs und Englands teile.

Der polnische Außenminister Beck stimmte ebenfalls dem Eintritt Sowjetrußlands zu.

Der tschechoslowakische Außenminister Beneš gab der Meinung Ausdruck, daß ein so wichtiger Teil Europas nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben dürfe. Die Tschechoslowakei sei bereit, loyalen Weise mit Sowjetrußland zusammenzuarbeiten.

Der kanadische Ministerpräsident Bennett beklagte sich über die Propaganda der Dritten Internationale in Kanada erklärte aber, daß sein Land trotzdem im Interesse des internationalen Friedens für die Zulassung Sowjetrußlands stimmen werde.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bey sprach für Rußlands Aufnahme, in der er in jeder Beziehung einen Vorteil erblicke.

Die Abstimmung

Madariaga erklärte für Spanien die Zustimmung zur Aufnahme Sowjetrußlands und schlug eine Entschließung vor, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Sechste Kommission in Erwägung der an Rußland durch vierunddreißig Staaten ergangene Einladung und in Würdigung der russischen Antwort, in der die Sowjetunion sich zur Erfüllung der für alle Völkerbundsmächte geltenden internationalen Verpflichtungen bereit erklärt, der Vollversammlung die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund empfiehlt.

Diese Entschließung wurde in namentlicher Abstimmung mit 38 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen und bei 7 Stimmenthaltungungen angenommen.

Dagegen stimmten die Schweiz, Portugal und Holland; der Stimme enthielten sich Argentinien, Belgien, Kuba, Luxemburg, Nicaragua, Peru und Venezuela. Außerdem waren bei der Abstimmung nicht anwesend Finnland, Panama, Paraguay und Elam.

Der Baltien-Pakt

Die Aussichten für das Zustandekommen des Ostpaktes haben sich vor allem durch die ablehnende Stellungnahme Deutschlands und ebenso durch den überraschenden polnischen Vorstoß in Genf überaus ungünstig gestaltet, so daß man selbst in den Kreisen, von denen die Paktpläne ihren Ausgang genommen haben, immer mehr mit dem Scheitern dieser Paktverhandlungen rechnet. Inzwischen haben die baltischen Staaten, die ebenfalls als Teilnehmer für den Ostpakt vorgelesen sind, dieser Lage für sich ein politisches Abkommen abgeschlossen. In Genf wurde von den Außenministern Lettlands, Estlands und Litauens ein „Vertrag über das Einvernehmen und die Zusammenarbeit der drei baltischen Staaten“ unterzeichnet, wonach die beteiligten Regierungen sich zur engen außenpolitischen Zusammenarbeit und vor allem zu einheitlichem Auftreten gegenüber dem Ausland verpflichtet haben. Der abgeschlossene Vertrag ist dadurch gekennzeichnet, daß er sich nur auf die drei Staaten gemeinsam, nicht auf die sogenannten spezifischen Fragen d. h. die außenpolitischen Sonderprobleme der einzelnen Staaten bezieht. Die Beschränkung des Abkommens auf die allgemeinen Fragen war auf Grund der seit Monaten

betriebenen Verhandlungen zu erwarten. Die diplomatischen Besprechungen hatten gezeigt, daß die litauischen Wünsche nach einem Pakt der gegenseitigen Hilfeleistung nicht zu erfüllen waren. Hätten Riga und Reval einer vorbehaltlosen Vereinbarmachung der auswärtigen Politik der drei Länder zugestimmt, so wären sie wohl oder übel in so heiklen Problemen wie der Wilna- und Memelfrage zu schwierigen und möglicherweise weittragenden Entscheidungen gezwungen worden. Ende August gelang es dann, einen Vertrag zu paraphieren, der diese „spezifischen Fragen“ der einzelnen Staaten ausdrücklich von den gemeinsamen baltischen Fragen absonderte und damit eine Einigung über einen engeren Zusammenschluß ermöglichte.

Der baltische Pakt, der auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen ist, enthält weder militärische Abmachungen, noch sieht er eine Regelung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen der beteiligten Länder vor. Immerhin wird er von den verantwortlichen Kreisen der drei baltischen Staaten als ein großer Erfolg gewertet. Man weist hier darauf hin, daß ein Bündnis zwischen den baltischen Staaten nicht eine einfache Summierung ihrer Kräfte bedeutet, sondern unter Umständen weit mehr sein kann. Man hofft, daß man die Politik der Baltienstaaten nicht mehr so einfach

Kurze Notizen

In Breslau, wo er zum Besuch bei einem Breslauer Unversitätsprofessor weilte, ist der Generalstaatsanwalt beim Verwaltungsgerichtshof in München und frühere bayerische Justizminister Dr. jur. Christian Roth einem Herzschlag erlegen.

Einer der Führer des österreichischen Republikanischen Schutzbundes, General Schneller, wurde gegen Ehrenwort auf freien Fuß gesetzt. Er befand sich seit dem 12. Februar in Haft. General Schneller, der seinen Titel noch von der alten Armee her hat, gehörte dem sogenannten „Generalstab“ des Republikanischen Schutzbundes an.

wird übergehen können wie im Frühjahr dieses Jahres, als Sowjetrußland, ohne sich mit dem baltischen Hauptstädten in Verbindung zu setzen, sich um die „Sicherheit“ dieser Staaten zu sorgen begann. Namentlich bei der aktuellen Frage des Ost-Paktes werden die baltischen Staaten Gelegenheit haben, gemäß dem neuen Vertrag ihre gemeinsame Stellung zum Ausdruck zu bringen. Bekanntlich haben vor allem Estland und Lettland ihre Entscheidung in dieser Frage von dem Verhalten Deutschlands und Polens abhängig gemacht. Ihre bisherigen Erklärungen ließen darauf schließen, daß sie bereit seien, dem Ost-Pakt, namentlich in ihrem Verhältnis zu Sowjetrußland und Polen, beizutreten. Da nicht mehr zu zweifeln ist, daß neben Deutschland auch Polen den Ost-Pakt ablehnen wird, dürfte die Entscheidung der Baltienstaaten — Litauen hat sich von vornherein zum Beitritt zum Ost-Pakt bereit erklärt — von schwerwiegender Bedeutung für die zukünftige Politik der Baltienstaaten werden.

In polnischen Kreisen hat der Abbruch des baltischen Paktes nicht überrascht. Der Pakt kann für Polen in keiner Weise gefährlich werden, da es in Artikel 3 ausdrücklich heißt, daß die spezifischen Probleme der einzelnen Staaten der Vereinbarung nicht unterliegen. Gerade in der Wilna-Frage also bleibt Litauen weiter auf sich allein gestellt und kann auch nicht auf die Hilfe der beiden anderen Staaten rechnen. In Genf Kreisen ist es aufgefallen, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages der polnische Außenminister Beck mit den Delegierten Estlands, Lettlands und Finnlands eine Zusammenkunft hatte, woraus geschlossen wird, daß Polen sowohl wie auch Finnland die Möglichkeit eines Beitritts zum Baltien-Pakt in Erwägung ziehen könnten. In Litauen sieht man deshalb die polnisch-deutsche Verständigung namentlich nach dem polnischen Vorgehen in der Minderheitenfrage als eine Beeinträchtigung der litauischen Interessen an und befürchtet, daß zwischen Polen und Deutschland auch die Memelfrage zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden könnte.

In Frankreich ist das Zustandekommen des Baltien-Paktes mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden, und man hat das baltische Bündnis vor allem als eine starke Rückwirkung auf die französischen Pläne im Osten begrüßt. Man hat sogar diesen Vertrag in eine Reihe mit dem Bündnis der Kleinen Entente zu stellen versucht und darin eine Vorbereitung für eine Anpassung an den kommenden Ost-Pakt erblickt. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß alle diese Vermutungen weit über das Ziel hinausgehen, da das Abkommen der Baltien-Staaten ja nur ein Vorstufe zu einem eventuellen baltischen Staatenbündnis darstellt, der aber nicht eher verwirklicht werden kann, bevor die strittigen Wilna- und Memelfragen eine endgültige Regelung gefunden haben.

Die Tatsache, daß die russische Öffentlichkeit zu diesem Baltien-Pakt bisher kaum Stellung nimmt, scheint zu beweisen, daß die Dinge in den baltischen Staaten sich nicht ganz nach der Richtung der russischen Wünsche entwickeln. Zum mindesten äußert sich in dem Zusammenschluß dieser drei Baltien-Länder das Streben, sich gegen gewisse Absichten einzelner Großmächte zu einheitlicher politischer Meinungsbildung zusammenzufinden. Deutschland kann solche Bestrebungen nur begrüßen, wenn damit der Wille keinen Ausdruck erhält, sich von der Bevormundung bestimmter Staaten, nicht zuletzt in der Vertretung der Völkerbundspolitik, frei zu machen. Denn zweifellos liegt dieser Baltien-Pakt nicht in der Linie, die Frankreich mit seinem Nordost-Pakt und den anderen Pakt zur Eintreibung Deutschland im Auge hat.

Frankreich droht Polen

und willst du nicht mein Bruder sein...

Paris, 18. September.

Die Pariser „Republique“ veröffentlicht eine scharfe Warnung an Polen und droht mit Sanktionen, falls Warschau nicht seinen neuesten Kurs wende. Das Blatt nennt als erste Sanktion, die Frankreich gegen Polen ergreifen könnte, die Rücksendung der 500 000 in Frankreich beschäftigten polnischen Arbeiter, die der französischen Wirtschaft ohnehin nichts nützen, da sie alle ihre Erparnisse nach Hause schicken. Als weiteres Druckmittel führt das Blatt die Kündigung des französisch-polnischen Handelsvertrages an. Frankreich benötige keineswegs polnische Rohle.

Das russische Volk wird „aufgeklärt“

Nur weil 30 Mächte den Beitritt Rußlands wünschen!
Moskau, 18. September.

Jetzt erst erfährt die Bevölkerung der Sowjetunion aus der Presse die Nachricht über den Beitritt der Regierung der Sowjetunion zum Völkerbund. Die gesamte sowjetrussische Presse veröffentlicht nämlich eine Mitteilung, die den 9.—15. September geführten Verhandlungen über den Beitritt Sowjetrußlands zum Völkerbund schildert.